

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Nochmals: Steuerzulage

Wie aus dem in der vorigen Nummer bekanntgegebenen Schreiben des Reichsamts des Innern an die Farbwerke in Höchst a. M. hervorgeht, soll den unorganisierten Arbeitgebern bezüglich Erstattung der Steuerzulage bedingungsweise entgegengekommen werden. Die Verbandsvorsitzenden der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen hatten am 6. Juli eine Besprechung im Reichsamt des Innern, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß bei Reichs- und Staatsbauten von Fall zu Fall den unorganisierten Arbeitgebern die Zulage erstattet werden soll, wenn die Prüfung ergibt, daß die betr. Arbeitgeber in ihrer Kalkulation mit einer derartigen Zulage nicht gerechnet haben. Auch bez. der privaten Rüstungsbauten will man im Reichsamt des Innern Maßnahmen ergreifen, damit den Arbeitern bei Erreichung der Steuerzulage keine behördlichen Schwierigkeiten entstehen. Das Reichsamt des Innern lehnt es aber ab, für derartige Bauten die Garantie der Rückerstattung zu übernehmen. Befriedigt uns diese Stellungnahme des Reichsamts des Innern auch nicht, so müssen wir uns doch mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und daran denken, daß sich auch dem Reichsamt des Innern große Schwierigkeiten in den Weg stellen. Die Rückerstattung der Steuerzulage an die Arbeitgeber erfolgt aus Reichsmitteln, also aus dem allgemeinen Steuerfädel. An zentraler Stelle im Reichsamt des Innern kann unmöglich geprüft werden, ob nicht doch Arbeitgeber oder auch Rüstungsfirmen in ihren Kalkulationen mit höheren Löhnen gerechnet haben. Infolgedessen muß von Fall zu Fall bei den einzelnen Bauten geprüft werden, ob nicht der Arbeitgeber oder die Rüstungsfirma oder beide gemeinsam auf Grund des geltenden Wertvertrages die Steuerzulage tragen können, bevor der allgemeine Steuerfädel in Angriff genommen wird. Für uns Arbeiter ist diese Prüfung ja unangenehm, weil sich die Zahlung der Steuerzulage dadurch verzögert. Es geht aber während des Krieges mit Steuerzulagen wie während der Friedenszeit mit Lohnerhöhungen. In beiden Fällen müssen die gewerkschaftlichen Machtmittel dahintergesetzt werden, um das auch wirklich zu bekommen, was die Arbeiter auf Grund von Tarifverträgen rechtmäßig verlangen können. Es müssen die Mitglieder die nötige Courage aufbringen, die Steuerzulage, wo sie sie nicht bekommen, zu fordern und, falls alle friedlichen Wege ihnen nicht zum Recht verhelfen können, sich andere Arbeit zu suchen. Daß sie dabei die Unterstützung der Organisation finden müssen, ist selbstverständlich, da wir ja auf Grund des Reichstarifvertrages verpflichtet sind, die Arbeitsbedingungen überall durchzuführen. Wenn wir aus den Vorgängen bei der Durchführung der diesjährigen Steuerzulage etwas lernen können, dann ist es das: Bauarbeiter, Markt-Gewerkschaften und verlaßt Euch nicht auf andere Faktoren; denn auch diese sind oft beim besten Willen den Verhältnissen gegenüber machtlos. Nur die starke, schlagfertige Organisation kann Euch zu Eurem Recht verhelfen!

Der Bericht aus dem Bezirk Bochum in der vorigen Nummer geht an einer Stelle von einer falschen Annahme aus. Der Berichterstatter scheint der Ansicht zu sein, daß die Unternehmung auch

15 Pfg. Steuerzulage erstattet bekommen, wenn sie schon vor der Vereinbarung vom 27. April höhere Löhne wie die Tariflöhne und die erste Steuerzulage zahlte. Das ist nicht der Fall. Die Erstattung der Steuerzulage erfolgt nur für kriegsnotwendige Bauten und zwar für solche, die vor dem 15. April übernommen oder für die bis zum 15. April 1916 endgültige Offerten abgegeben waren. Haben die Arbeitgeber schon vorher höhere Löhne gezahlt, als der Tariflohn und die Steuerzulage von 1916 ausmachten, so wird ihnen nur die Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Lohn und der neuen Steuerzulage erstattet. B. W. hat ein Arbeitgeber laut Tarifvertrag 70 Pfg. Stundenlohn zu zahlen und auf Grund der Vereinbarung von 1916 10 Pfg. Steuerzulage, also zusammen 80 Pfg., bezahlt aber schon vor dem Abkommen vom 27. April 90 Pfg., so bekommt er nicht 15 Pfg. zurückerstattet, sondern nur 5 Pfg. pro Stunde. Wir haben diese Dinge noch einmal hervorgehoben, damit alle Kollegen, die mit Arbeitgebern zu verhandeln haben, die dem Arbeitgeberbund nicht angehören, dieselben richtig unterrichten können. Vielfach scheinen solche Arbeitgeber der Ansicht zu sein, das Reich erstatte die Steuerzulage für alle Arbeiten mit 15 Pfg. pro Stunde. Das ist nicht zutreffend!

### „Stockholm“ und der Frieden

Große Hoffnungen haben wir weithin an die internationale Konferenz in Stockholm sich knüpfen sehen. Das Friedensbedürfnis, das, abgesehen von den Regierungen in den uns feindlichen Ländern, in breiten Volksschichten aller Staaten gleich groß ist, klammert sich an jede Möglichkeit, die diesem unerhörten Völkerringen ein Ende bereiten könnte. Mancher würde den Frieden heute auch aus sozialdemokratischer Hand entgegennehmen, der solches unter anderen Umständen weit von sich gewiesen haben würde. Es gibt auch Kreise, die zu der Meinung gelangt sind, der Frieden könne nur noch von unten kommen, nachdem die Regierenden sich gegenseitig so ineinander verbissen hätten, daß der Friede von ihnen nicht eher zu erhoffen sei, bis einer zertreten am Boden liege.

Wir müssen gestehen, daß wir von Anfang an auf die Stockholmer Konferenz recht wenig Hoffnung gesetzt haben. Nicht Wünsche, wie sie weithin heute sichtbar sind, waren für uns dabei leitender Gedanke, sondern das Vorausstellen realer Tatsachen, wie wir sie nun doch einmal unerbittlich vor uns sehen.

Der Wille zu einem Verständigungsfrieden ist in breiten Volksschichten Deutschlands und seiner Verbündeten lebendig. Auch die in diesen Staaten am Ruder befindlichen Regierungen sind einem solchen nicht abgeneigt. Der gleiche Wille ist aber nicht bei unseren Gegnern, selbst nicht einmal bei den Russen vorhanden. Wenn die russischen Sozialisten, die Bolschewisten, die Maximalisten, die Minimalisten und wie die -isten alle heißen, der Arbeiter- und Soldaterrat eingeschlossen, den Verständigungsfrieden wollten, müßten sie ihre Regierung nicht nur dazu bewegen können, die von Deutschland und seinen Verbündeten bargereichte Friedenshand zu ergreifen, sondern sie müßten auch die neue russische Offensive zu verhindern wissen; denn diese dreht sich nicht etwa um die Rückeroberung russischen Bodens, sondern ihr Ziel ist auf die Besignahme Petersburgs gerichtet.

Unsere Gegner wollen keinen Verständigungsfrieden. Ihr Ziel ist und bleibt nach wie vor die wirtschaftliche und politische Zerschlagung Deutschlands. Stares denn ist es heute zu erkennen.

und keine Konferenz, sie mag von einer Seite ausgehen, von welcher sie will, vermag diesen Willen durch Verständigungswünsche aus der Welt zu schaffen. Vorläufig! natürlich sagen wir. Daß der Zeitpunkt einmal kommen kann, wo unsere Gegner auf die sozialdemokratische Formel, keine Annexionen und keine Kriegszuschüßigungen, springen, halten wir für durchaus sicher. Dieser Moment tritt aber erst dann ein, wenn diese Grundlage ihnen als die für sie günstigste erscheint. Als dann haben die deutschen Waffen entschieden, haben unsere Gegner die Hoffnungslosigkeit ihrer Anstürme erkannt. Für uns ist dann aber die sozialdemokratische Friedensformel nicht nur wertlos, nein, sie wird für uns hemmend und schädigend.

Vorläufig hoffen unsere Gegner immer noch auf die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten. Sie setzen auf die amerikanische Hilfe große Erwartungen. Das unglückliche griechische Volk wurde neuerdings zwangsweise mit in den Krieg getrieben. Den noch übriggebliebenen neutralen Staaten werden von den Kämpfern für die „Rechte der kleinen Völker“ die Daumenschrauben immer fester angezogen. Auch sie sollen noch mit in dem blutigen Strudel tanzen. So lange ein solcher Wille sichtbar lebendig ist, sollte man in Deutschland Abstand nehmen von dem, was auch nur im entferntesten als Schwäche gedeutet werden könnte, sondern sollte seine ausschließliche Aufgabe darin erblicken, wie der Widerstand des deutschen Volkes und seiner Verbündeten gestärkt werden kann.

Die Stockholmer Konferenz war außerdem mit manchem belastet, was einem Deutschen ohne weiteres die Teilnahme an ihr verleidet hätte. England und Frankreich verhinderten eine Teilnahme ihrer sozialistischen Landesangehörigen an der Konferenz. Man weiß nicht, wie und wer hier geschoben wurde. Ob die Sozialisten die Teilnahme beschlossen, um sich von ihrer Regierung daran hindern zu lassen, um eine Rückenbedeckung gegenüber ihren nach Frieden drängenden Anhängern zu haben, oder ob die Regierung die Gelegenheit für günstig hielt, sich wieder einmal als die starke Regierung nach außen zeigen zu können. Aber England und Frankreich brauchten ja auch nicht ihre sozialistischen Landeskiner nach Stockholm gehen zu lassen. Sie hätten ja sowieso ihre Vertreter dort. Einen besseren Anwalt wie Branting, der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, können sie nicht in ihrem eigenen Lande aufbringen. Dieser Branting ist ein ganz unsauberer Patron. Reinlichkeitsgefühle sollten jedem Deutschen verbieten, mit ihm in Berührung zu kommen. Durch die Teilnahme der deutschen Sozialdemokraten an der Stockholmer Konferenz wurde es den feindlichen Regierungen möglich gemacht, sich manche Karte aufdecken zu lassen, während sie ihre eigenen hübsch verdeckt hielten. Dazu kam noch das Spiel mit dem Schweizer Sozialdemokraten Grimm, der aus Rußland ausgewiesen wurde als angeblicher „deutscher Agent“, obwohl er Deutschland bisher in einer einzig dastehenden gehässigen Weise bekämpft hat. Auch in dieser Sache, die eine schwere politische Krise in der Schweiz zur Folge hatte, spielte der ehrenwerte Branting seine bisherige unsaubere Rolle weiter. Damit war's aber noch nicht genug. Die deutsche sozialdemokratische Minderheit ging ebenfalls nach Stockholm, nur etwas später. Die Vertreter dieser Minderheit konnten sich in der Verdächtigung der sozialdemokratischen Mehrheit, den Regierungsozialisten, wie sie sie zu benehmen lieben, nicht genügen, weil bei dieser Mehrheit gar nicht der ernsthafteste Wille, für einen „Verständigungsfrieden“ zu wirken, bestehe. So bieten die eigenen Landesangehörigen vor dem feindlichen Ausland noch das Bild der inneren Uneinigkeit.

Was ist von der Stockholmer Konferenz übrig geblieben, bzw. hat sie einem „Verständigungsfrieden“ die Wege geebnet? Wir müssen sagen, daß sie in dieser Richtung keine Hoffnungen erweckt, wir stehen vor dem Nichts. Auch in Zukunft ist kaum eine Hoffnung auf sie zu setzen. Wir Deutschen sollten in allen diesen Dingen mehr als vorsichtig sein. Deutsches redliches Streben nach einem ehrlichen und aufrechten Frieden wird von unseren Feinden

zu leicht umgedeutet, wird uns als Schwäche ausgelegt, und dient auf diese Weise nur der Verlängerung des Krieges und nicht dessen Abkürzung. Nur der stark betonte Wille, unter allen Umständen durchzuhalten und die Vernichtungsabsichten unserer Gegner zu Boden zu schlagen, vermag zur Abkürzung beizutragen. Das mag manchem unter uns nicht angenehm klingen. Bei klarer Wertung der militärischen und der politischen Lage kommt man zu keinem anderen Ergebnis. Schauen wir doch nach unseren Feinden, wie die dortigen Staatsmänner den Kriegswillen ihrer Völker zu beleben und zu heben suchen. Wir haben erst dieser Tage wieder Kroben von der dreifachen und arroganten Art Bloh Georges vorgeführt bekommen. Davon sollten wir lernen. Stahl ist nur mit Stahl zu bekämpfen; wer den härteren besitzt, an dem wird der andere sich gespaltern.

**Dranting**

In einer Besprechung der Affäre des schweizerischen Nationalrats Grimm gibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Senf in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Glocke“ (Nr. 13) von Herrn Dranting folgende Charakteristik:

Die Rolle des Sozialisten Grimm in dieser Affäre ist noch keineswegs geklärt, die Rolle der russischen sozialistischen Minister ist zum mindesten nicht gerade lühn, unfauber aber und zugleich kriegerisch ist die Rolle des dritten Sozialisten in diesem Satienspiel, des famosen Herrn Dranting. Welches Interesse des neutralen Schwedens, welches Interesse des internationalen Sozialismus veranlaßte diesen Menschen zur Veröffentlichung der durch englische Agenten in der Schweiz gestohlenen Friedensbestände? Wenn Herr Dranting der Agent der Entente sein will, so ist das schließlich seine Sache; dann aber sollte er wenigstens soviel innere Sauberkeit besitzen, um vor der Leitung der Stockholmer Friedensverhandlungen zurückzutreten. Er folgt mit seiner jehigen Haltung lediglich dem abgeschmackten Beispiel, das der unglückselige Banderwelle seit Beginn des Krieges her setzt, indem er zugleich Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen D. Red. Bureau's blieb und Minister einer kriegführenden Macht wurde. Diese Versuche Banderwelles, die Internationale zu einem Mittel der internationalen Völkerverehrung im Dienste der Entente zu machen, haben nicht zum wenigsten den trostlosen Zusammenbruch der Internationale mit herbeigeführt. Immerhin konnte Herr Banderwelle noch auf mißverständliche Umstände für sich plädieren. Sein Vaterland war das erste Opfer des Krieges geworden, zwar nicht ohne völlige Schuld Banderwelles und seiner sozialistischen Kollegen aus der belgischen Kammer, aber immerhin: er stand offen im Dienst eines kriegführenden Landes, er predigte den Krieg, er verpönte jedes Friedenswort, er heuchelte nicht, man wußte, woran man mit diesem armen Opfer der Kriegshysterie war. Anders Dranting. Er ist offiziell neutral, Schweden selber hat vom Kriege sich ferngehalten und gedenkt es auch ferner zu tun. Die Hauptstadt Schwedens ist zum Sitz der sozialistischen Besprechungen zur Vorbereitung des Friedens auserwählt. An der Spitze dieser Besprechungen steht Herr Dranting. Was von einem Manne in dieser internationalen Position zuallererst verlangt werden mußte, ist peinlichste Neutralität. Statt dessen sieht Dranting seit Beginn des Krieges auf dem Boden der Entente, so daß ihn die englische und französische Presse schon lange als treueste Stütze ihrer Politik feiert. Kein Mensch verlangt von ihm, daß er ein Deutschenfreund sei. Aber zunächst: die benötigte Niederlage zu erstreben und zugleich den Versöhnungsfrieden zu propagieren, ist ein unerlaubtes Maß von Doppelzüngigkeit. Durch seine sensationelle Veröffentlichung der Hoffmannschen Depesche hat Herr Dranting sich des Vertrauens der amerikanischen Demokraten, der französischen Radikalschreier und der englischen Kriegsheer würdig gezeigt; denn diese Tat hat nur einen Sinn, wenn Herr Dranting unter allen Umständen den Krieg verlängern will. Es ist möglich, daß die materiellen Interessen Schwedens, wie sie Herr Dranting auffaßt, eine solche Kriegsverlängerung gut finden können. Aber hier ist ein Weg, wie man sich die Schwedensfrage klären kann.

kratte seit Gründung der sogenannten Neuen Bank ganz besonders eng mit diesen kapitalistischen Handelsinteressen verflochten worden ist. Die Bank sollte eine Art sozialdemokratisches Parteiunternehmen sein, um die zerstreuten Klassen der Partei unter eine einheitliche Verwaltung zu stellen und so im Interesse der Partei und der Klassenbankgeschäfte zu machen. Die Bank sollte die Zeitungsunternehmungen stützen, an Personen der Arbeiterklasse billige Darlehen geben usw. Der Erfolg war, daß in kurzer Zeit alle Parteihäuser Schwedens und seine Zeitungsunternehmungen der „Neuen Bank“ tief verschuldet waren. Als Bank war das Unternehmen bald auf dem Erodieren; im Jahre 1915 konnten nicht einmal die Verwaltungskosten gedeckt werden. Trotzdem konnte die Bank eine sehr hohe Dividende an ihre Aktionäre, d. h. an die sozialdemokratischen Parteiführer zahlen. Das war dadurch möglich geworden, daß laut Revisionsbericht die Bank unter der Leitung eines sehr gewiegten Geschäftsmannes kurzfristige Geschäfte nach Rußland gemacht hatte. Im Jahre 1916 hatte dieser Geschäftsmann sogar der russischen Regierung eine Anleihe von 150 Millionen Doll. in Amerika verschafft. Inwiefern beteiligte sich die „Neue Bank“ im Verein mit kapitalistischen Finanzgruppen sehr lebhaft am englisch-russischen Transitgeschäft. Aus dieser Situation ergibt sich, daß die schwedische Parteiorganisation wirtschaftlich völlig von der „Neuen Bank“ abhängig ist, die „Neue Bank“ wiederum völlig von dem ungestörten russisch-englischen Verkehr über Schweden nach Finnland. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß nicht auch gelegentlich Geschäfte nach südlicher Richtung mit Deutschland gemacht würden.

Der Ausbruch der russischen Revolution nun hat die Selbständigkeit Finnlands in greifbare Nähe gerückt. Ein nicht-russisches Finnland aber würde dieser kapitalistischen Föhle in Schweden sehr bald ein Ende machen. Jedenfalls ist Herr Dranting aus diesen Rücksichten heraus ein erklärter Feind finnischer Selbständigkeit, wie er ja auch die Befestigung der Alandsinseln durch die Russen als im schwedischen Interesse liegend bezeichnete, weil dadurch der schwedische Transitverkehr nach Rußland gegen Deutschland geschützt werde.

Hierbei Herr Dranting nun, durch Aussicht auf einen raschen Frieden könnte Finnlands Selbständigkeitsbewegung nur gestärkt werden, und tat er deshalb jenen Schritt, der den Krieg im Interesse der Entente und des schwedischen Handelskapitals verlängerte? Vielleicht sagte er sich, daß er damit zugleich auch die Interessen der schwedischen Sozialdemokratie betreute, die sich in so verhängnisvoller Abhängigkeit von den Bedürfnissen des Handelskapitals befindet. Wenn dem so wäre, so wäre Herr Dranting vielleicht ein glänzender Parteichef, der die materiellen Interessen der hinter ihm stehenden Organisationen gut zu schätzen weiß. Nur ein Sozialdemokrat wäre er nicht, noch weniger ein Friedenspolitiker. Höchstens ein — „Demokrat“ nach dem Schema der berühmten „Demokratie“ der Alten und der Neuen Welt, das man uns armen Barbaren als die feinste Blüte der Kultur anpreist.

**Um das preussische Wahlrecht**

Immer deutlicher hebt sich am innerpolitischen Himmel Deutschlands die Tatsache ab, daß der Angelpunkt jeder inneren Politik die Umgestaltung des preussischen Landtagswahlrechtes sein wird. Die kaiserliche Osterbotschaft hat diese Reform feierlichst angekündigt. Klar ist darin ausgesprochen, daß an Stelle der jetzigen öffentlichen und indirekten Wahl das direkte und geheime Wahlrecht treten soll. Bezüglich der Gleichheit des Wahlrechtes bekundet die Osterbotschaft nicht dieselbe Deutlichkeit. Sie sagt nur, für ein Klassenwahlrecht sei in Preußen zukünftig kein Raum mehr. Wenn kein Klassenwahlrecht das preussische Volk in der Zukunft mehr voneinander trennen soll wie bisher, muß man folgern, daß alsdann das gleiche Wahlrecht an seine Stelle treten muß. Es gibt jedoch interessierte Schichten, und zwar die gegenwärtigen Inhaber der politischen Macht in Preußen, die mit dieser Wendung in der Osterbotschaft nur unser jetziges formales Klassenwahlrecht als damit gemeint bezeichnen, die an dessen Stelle zwar ein anderes, nur nicht das gleiche Wahlrecht setzen wollen. Diese Kreise erstreben ein Pluralwahlrecht, bei dem Bildung und Besitz und noch sonstige Eigenschaften mit einem Mehrheitsrecht bedacht werden sollen. Rechten Landes lassen diese Bestrebungen auf die Erhaltung des heutigen Dreiklassenwahlrechtes durch ein zwar äußerlich anderes geartetes, aber in seiner Wirkung dem heutigen Wahlrecht gleich gerichtetes, wenn auch etwas gemildertes, hinaus. Gegen diese Bestrebungen müssen wir entschieden Front machen. Wir wollen keine ungeschickliche Umgestaltung der Wähler in Preußen sehen, sondern nur einrichten mit aller Entschiedenheit die Übertragung des Dreiklassenwahlrechtes auf Preußen.

Und ein anderes. Die Inhaber der politischen Macht in Preußen, die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht, wollen die Wahlreform unter allen Umständen bis nach dem Krieg verschoben wissen. Sie führen zur Begründung die scharfen Kämpfe ins Feld, die eine so heftig umstrittene Reform in Preußen hervorrufen müßte. Das mag richtig sein, ist jedoch nur die Folge des eisernen Widerstandes gegen jede durchgreifende Milderung dieses unhaltbaren Zustandes. Wir glauben, daß der hauptsächlichste Grund der Gegnerschaft gegen die Wahlreform im Augenblick davon ist, nur erst den Krieg hinter sich bekommen zu wollen, weil damit die Beengungen, die der Krieg den eigenen Volksgenossen gegenüber auferlegt, gefallen sind, und weil man dann offen aussprechen und betätigen kann, was man gegenwärtig nicht mag.

Diese Beschränkungen sind nicht grundlos, sie drängen deshalb dahin, die Wahlreform nicht bis nach dem Krieg verschieben zu lassen. Das preussische Volk ist schon so oft in dieser Frage getäuscht worden und nicht zu dem ihm zustehenden Recht gekommen, daß es zur äußersten Vorsicht gewarnt ist. Die Osterbotschaft wird die heutigen politischen Machthaber in Preußen kaum daran hindern, die Wahlrechtsumgestaltung so vorzunehmen, wie sie ihren Partei-Interessen entspricht. Daß es so ist, wird selbst von konservativen Männern eingesehen, die aus einer ungenügenden Wahlreform die schlimmsten politischen Entwicklungen nach dem Kriege in Preußen und im Reich befürchten. Eine Reihe im öffentlichen Leben Deutschlands stehender Männer, darunter solche von anerkannt konservativer Bestimmung, haben der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, die klar und deutlich das gleiche Wahlrecht fordert und die Zwangsnahme der Wahlreform unverzüglich fordert. Die Erklärung lautet:

„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der kaiserlichen Osterbotschaft, zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe, in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen mußten, ob überhaupt die Osterbotschaft nach Abschluß des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen werde.“

Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Am Volk deutsches Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unverweilt eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt, und daß die Regierung auch sonst dem Vertrauen wirksam und sichtbar Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.“

Unter den Unterzeichneten befinden sich Prof. Hans Delbrück, Wirklicher Geh. Rat von Carnap, Prof. Meinecke, Hofkammer Graf Monts, Prof. Ernst Troeltsch u. a. Diese Erklärung begrüßen wir aufrichtig. Tatsächlich erfordert die augenblickliche Situation eine Klärung. Das preussische Volk, insbesondere die breiten Arbeiterschichten, die jetzt für den Bestand und die Gestaltung des Reichs und damit auch für Preußen ihr Gut und Blut einsetzen, wollen nicht nach Kriegsende wiederum mit leeren Händen dastehen. Sie haben kein Vertrauen zu den gegenwärtigen politischen Machthabern im preussischen Landtag. Erst recht nicht, wenn die Wahlreform bis nach Kriegsende verschoben wird. Im Verfassungs-Ausschuß des deutschen Reichstags ist klar und deutlich über die preussischen Wahlrechtsfrage geredet worden. Auch dort ist die sofortige Zwangsnahme der Reform gefordert worden. Die preussische Regierung sollte nicht mehr länger zögern, sie sollte unverzüglich eine Wahlrechtsvorlage einbringen, die die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen vorsieht. Bei den augenblicklich bestehenden allgemeinen Schwierigkeiten würde dieses geeignet sein, ungemein beruhigend zu wirken. Diejenigen bürgerlichen Parteien des Landtages, die bisher sich öffentlich für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen erklärt haben, werden nicht umhin können, nunmehr zu bekunden, wie sie in der Frage stehen. Wir verlangen solches und werden gegen alle Zweideutigkeit entschiedene Stellung nehmen. Man stellt nicht rationale Forderungen deshalb auf, weil man hofft, sie würden doch nie verwirklicht werden, sondern nur, wenn man innerlich von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist. Jetzt heißt's, Farbe bekennen. Wir haben genug von der bisherigen politischen Handlungslosigkeit der breiten Volksschichten im preussischen Staat, und fordern nunmehr, daß ihnen der gleiche Anteil der Mitarbeit an der Gesetzgebung in Preußen gesichert wird, wie das im Reich längst der Fall ist. Die gegenwärtigen Machthaber, die sich durch ihre Erklärung

für das gleiche Wahlrecht in Preußen einzufügen und die die sofortige Inangriffnahme der Wahlreform fordern, haben dem preußischen Staat und damit dem Deutschen Reich einen großen Dienst erwiesen. Wenn er dazu führt, daß diese innerpolitische Frage endlich ihre Lösung findet, können sie des Dankes der breiten Volksmassen in Preußen und des Reiches sicher sein.

### „Wiederum ein Versager“

Unter dieser Stichmarke schreibt die „Rölnische Volkszeitung“ (Nr. 505):

Die für die Verteilung und Bewirtschaftung unserer Lebensmittel eingesetzten Reichsstellen haben, das muß unumwunden zugegeben werden, eifrig gearbeitet, um dem Wirtschaftsplan für 1917 die geeignete Plattform zu geben. Die Verordnung für Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April d. J. sowie die Reichsgetreideordnung vom 25. Juni d. J. geben den untergeordneten Behörden derartige Machtmittel an die Hand, daß die Annahme berechtigt war, bei ihrer Handhabung würde es zu größeren Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln kaum kommen können. Und doch haben alle diese fein ausgedachten Anordnungen bei der ersten Probe ihre Wirkung versagt. Ratlos steht man an manchen Stellen vor dieser betrüblichen Tatsache und sucht nach Erklärungen für dieses Versagen aller Reglementierungskunst.

Im allgemeinen ist sowohl das Frühlingsgemüse wie das Herbstgut gut geraten (D. N.) der Himmel hatte es gut mit uns gemeint und durch fruchtbares Wetter die Hoffnung auf eine bessere Lebensmittelversorgung genährt. Die Ernte ist nicht schlecht, und doch kommt sie einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht zugute. Die Märkte sind vom Frühobst und Frühgemüse entblüht, die Gemüsehandlungen — der Berliner sagt Vorkostgeschäfte — bieten wohl ausländische Erzeugnisse, billige Zitronen, teure Tomaten, Pfirsiche, Weintrauben usw. feil, versüßen aber weder über inländisches Obst noch Gemüse. Die Markthallen der Großstädte bergen große Mengen von Frühobst, aber der Hausfrau ist der Einkauf dieser Schätze verwehrt; alles ist für die Großhändler, oder bereits verkauft, wird ihr gesagt, wenn sie ein Kaufangebot macht. Die städtische Hausfrau kann im freien Verkehr außer Mairüben und Kürbissen nichts ergattern, um den Jhrigen ein sättigendes Mahl zu bereiten. Es bleibt ihr keine andere Wahl, als hinauszuwandern zu den Quellen des Erntesegens, um dort für Geld und gute Worte das Notwendigste zu holen. Wer dazu nicht in der Lage ist, mag sehen, wie er zurechtkommt. Während sonst ein Erzeuger 10—50 und mehr Personen mit seinen Produkten versorgte, muß jetzt dieselbe Anzahl von Personen zu dem einen Erzeuger hinauspißern, um das zu holen, was sonst gebracht wurde. Es ist natürlich, daß derjenige am besten bei diesem Wettlauf davontkommt, der die flinksten Beine, bzw. den größten Geldbeutel hat. Welche Verhältnisse sich bei diesen Massenausflügen aufs Land entwickeln, braucht nicht geschildert zu werden. Dem Eigennutz und der Hamstersucht werden die stärksten Anreize gegeben.

Diese Zustände schreien nach Abhilfe. Vordrängend ist man mit unüberlegten Vorschlägen bei der Hand; Aufhebung der Höchstpreise fordert eine, Beschlagnahme und Enteignung die andere Seite. Beides sind untaugliche oder überflüssige Forderungen. Ohne Bindung der Preise geht es nun einmal, wie die Erfahrung gezeigt hat, bei Beibehaltung unseres Wirtschaftssystems nicht, und zur Beschlagnahme und Enteignung bieten schon die Verordnungen vom 3. April und 25. Juni die nötige Handhabe. Man muß aber fordern, daß von ihr erst nach gründlicher Vorbereitung Gebrauch gemacht wird. Das verlangt schon die mit der vorjährigen unglücklichen Obstbeschlagnahme gemachte üble Erfahrung. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß durch Enteignung wertvolle Lebensmittel dem Verderben ausgesetzt und der Allgemeinheit entzogen werden.

Ein Gebot der Stunde ist aber, daß die heutigen Zustände gründlich abgeändert werden. Was nützen alle noch so fein durchdachten Verordnungen, wenn ihre Wirkung ausbleibt. Nur danach kann ihr Wert oder Unwert beurteilt werden. Es wäre ungerecht, wollte man für die heutigen Mißstände die eine oder andere Reichsstelle oder die Gesamtheit der Erzeuger oder des Handels oder der Verbraucher verantwortlich machen. Die Verhältnisse haben sich wieder einmal stärker erwiesen als der gute Wille. Aber nachdem sich gezeigt hat, daß es auf dem jetzt begangenen Wege nicht weitergehen kann, müssen schleunigst andere Wege eingeschlagen werden. Es muß vermieden werden, daß die noch zu erwartende Ernte der Allgemeinheit ebenso unerreichbar wird, wie es die Vorernte war. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und Kartoffeln muß alles geschehen, selbst wenn Lieferungsverträge, Schlussabmachungen usw. einer Revision unterzogen werden müßten. Man hat es in der Hand, dem Er-

### Am Sonntag, den 15. Juli, ist der 20. Wochenbeitrag fällig.

zeugen den Lieferungsdruck aufzulösen; die Abschmürung der Hamstersucht und die angemessene Verteilung unserer Erntetrugnisse muß sich ermöglichen lassen. Versagt hier allerdings auch nur ein Glied in der Kette unseres Wirtschaftslebens, dann ist der Erfolg in Frage gestellt. Deshalb möge man sich allenthalben der schweren Verantwortung bewußt bleiben, die die Zeit den Behörden und jedem einzelnen auferlegt.

Es wäre zu wünschen gewesen, die „Rölnische Volkszeitung“ hätte nun auch selbst Wege zur Abhilfe, die noch nicht bekannt sind, angegeben. Weil sie das nicht tut, wiegt ihre Kritik leicht. Woran liegt denn die ganze Misere? Die Erzeuger leisten mehr oder weniger gegen die erlassenen Verordnungen Widerstand. Vorschub wird ihnen geleistet vom Schleichhandel, der ihnen die Ware heimlich und zu weit höheren Preisen wie den behördlich festgesetzten abnimmt. Ferner von all den Gutsituierten, die mehr Nahrungsmittel für sich verbrauchen wollen, wie ihnen auf Grund der öffentlichen Nationierung zusteht. Sie haben Zeit und Geld, um im Lande herumzureisen und aufzukaufen, was ihnen unter die Finger kommt. Alle diejenigen, die dazu beigetragen haben, daß der Widerstand bei den Erzeugern und Verbrauchern gegen die behördlichen Verordnungen geweckt und verstärkt wurde, haben Schuld an diesen Zuständen. Die „Rölnische Volkszeitung“ wird sich auch nicht ganz frei hiervon sprechen können. Wir sind allmählich dahin gelangt, daß die Gesetzlosigkeit das Normale und die Gesetzestreue das Anormale geworden ist. Nur wenn es gelingt, die behördlichen Verfügungen zur Durchführung zu bringen, ist eine Besserung zu erwarten. Alsdann gelangen größere Mengen Lebensmittel durch die öffentliche Bewirtschaftung in die Hände der Verbraucher und wird damit der Mangel bei heimlichen Austausch von selbst eingeschränkt. Schon heute, wo zunächst alles aufzubieten ist, um die erlassenen Verordnungen zur Durchführung zu bringen, bereits wieder etwas anderes beschließen zu wollen, dadurch würde der Wirrwarr nur noch größer.

Es gibt ja einen Weg, den breite Interessentkreise zu gehen vorschlagen. Dieser ist, Abkehr von der heutigen öffentlichen Bewirtschaftung und Wiederherstellung vollständiger Freiheit im Kauf und Verkauf von Nahrungsmitteln. Will man diesen beschreiten? Die letzten Dinge könnten alsdann noch schlimmer werden wie die ersten. Den Armen würde es alsdann überhaupt nicht mehr möglich sein, Lebensmittel zu erwerben. Diejenigen, die genügend Mittel besitzen, würden bei der vorhandenen Knappheit immer noch höhere Preise zu zahlen bereit und in der Lage sein. Ein solcher Zustand würde allen, die von der Kriegsgewinnssucht befallen sind, angenehm sein. Eitliche Grundfälle schert sie dabei nicht im allergeringsten. Und doch jagen diese armen Tröpfe nur in ihrem eigenen Wald. Die Kosten dieser Politik werden ihnen auf irgendeine Art und Weise wieder präsentiert, teilweise schon jetzt, teilweise später. Wer unsere Lebensmittelversorgung führen und fördern will, hat mit aller Energie für die Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung einzutreten. Die tausenderlei Verordnungen sind ja erst das Ergebnis des Widerstandes gegen die behördliche Regelung unserer Lebensmittelversorgung. An der gegenwärtigen Lage, die eine starke innerpolitische Spannung aufweist, kann die „Rölnische Volkszeitung“ ersehen, daß unsere großagrarisches Kreise eine wenig weitfichtige Politik getrieben haben. Daß diese Politik auch bei unseren christlichen Bauernvereinen keinen oder nur geringen Widerspruch gefunden hat, ist zu bedauern, aber nicht mehr zu ändern. Wir sagen nochmal, die Kosten dieser Haltung werden diesen und allen ihnen politisch verwandten Kreisen bereits heute präsentiert.

### Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Enrico Collette**, Mitglied der Zahlstelle Aachen, Rauer; **Albert Dorch**, Mitglied der Zahlstelle Elberfeld, Stullkateure; **Wih. Dannebrink**, Mitglied der Zahlstelle Münster i. W., Stullkateure.

**Verabschiedung der Fleischration in Bayern.** In Bayern ist auf Grund des Gesetzes des Kriegsernährungsamtes, wonach die einzelnen Bundesstaaten entsprechend ihren besonderen Verhältnissen die Fleischration festsetzen können, eine Verabschiedung von 500 auf 375 Gramm pro Woche erfolgt. Begründet wird diese Maßnahme mit der Sicherung der Milchversorgung. Wir können natürlich

nicht von hier aus die bayerische Maßnahme beurteilen. In Preußen ist jedoch gegen eine solche Maßnahme, so lange die Brotration keine Erhöhung erfahren kann, das schärfste Bedenken geltend zu machen. Hier lautet die Frage anders, nämlich daß das, was augenblicklich verabschiedet wird, das alleräußerste dessen darstellt, was die Bevölkerung braucht, um durchhalten zu können.

**Die Hauschlachtungen im Winter 1917/18.** Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Es ist — entgegen auftretenden Gerüchten — nicht beabsichtigt, die Hauschlachtungen während des kommenden Winters zu verbieten. Die Genehmigung hierzu kann jedoch nach § 9a Absatz 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 2. Mai 1917 nur dann erteilt werden, wenn der Selbstverfänger ein Tier, das er nach dem 30. September 1917 schlachtet, mindestens drei Monate in seiner Wirtschaft gehalten hat.

**Keine Annexionen, keine Kriegsermächtigung.** Wie diese sozialdemokratische Friedensformel in Frankreich wirkt, wird ersichtlich in einem Artikel in dem französischen Blatt „Kappel“ vom 18. Juni, in dem Albert Milhaud ausführt:

„Der Sozialist des Kaisers verzichtet für sein Land auf Annexionen, will nicht mehr, wie im April 1916, „Grenzpfähle verrücken“ und tritt für den Statusquo ein. Gewiß! Aber diese Resignation ist nur durch den offensichtlichen Misserfolg seines Landes veranlaßt. Trotz allem ist aber das Scheitern der Schriftsteller erquicklich zu lesen. Erquicklich, weil es ein Eingeständnis der Niederlage bedeutet, indem es den tiefen Unterschied zwischen der Resignation der jetzigen Woche-Regierung und der früheren ungeheuren Wegefertigkeit bloßstellt.“

Auf diese Wirkung haben wir schon des öfteren hingewiesen, sie ist uns genau so schädlich wie die Forderungen unserer Ueberannexionisten.

**Mehl- und Brotpreise.** Einer Anregung des Reichsausschusses Folge leistend, hat die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes eine Erhebung über die Mehl- und Brotpreise veranstaltet, die bei der bevorstehenden Erhöhung der Getreidepreise gegenwärtig von besonderem Interesse ist. Von vornherein stand es fest, daß hinsichtlich der Kostenberechnung und Preisfestsetzung für Mehl zwischen den Kommunalverbänden große Abweichungen bestehen. Die Erhebung hat nun gezeigt, daß die Unterschiede noch größer sind, als man allgemein angenommen hatte. Schon hinsichtlich der Kosten, die die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände für das Mehl aufwenden, bestehen Abweichungen von 100 % pro Tonne. Noch auffälliger sind die Spannungen zwischen dem Einstandspreis und dem Verkaufspreis an die Bäcker, die in manchen Fällen weit über 150 % vielfach aber kaum 10 % betragen. In gewissem Umfang sind diese Unterschiede wirtschaftlich berechtigt. Wo aber eine über das berechnete Maß hinausgehende Verteuerung vorliegt, wird die bevorstehende Getreidepreiserhöhung den Kommunalverbänden besonderen Anlaß zur Nachprüfung und Abstellung der Mißstände geben.

**Neuregelung der Holzversorgung** ist in Bayern beschlossen worden. Holzverfeinerungen dürfen nicht mehr stattfinden; eine staatliche Holzverforgungsstelle wird errichtet, die Angebot und Nachfrage zu überbrücken und für eine gerechte und billige Verteilung des Holzes zu sorgen hat. Es wäre zu wünschen gewesen, daß dieses Vorhaben schon früher erfolgt wäre; noch mehr wäre zu wünschen, daß der größte Bundesstaat, Preußen, diesem Beispiel bald folgen möchte.

**Ueber den „Kupfer-Prozess“**, der einen tiefen Einblick in die Fäulnis der Kriegsgewinne ermöglichte, in diesem Falle aber nur deshalb Gewinne ermöglicht wurden, indem eine geriebene Person andere darum betrog, schreibt die „Germania“:

Wenn es wahr ist, daß eine Krähle der anderen kein Auge aushackt, dann kann man dem Verteidiger auch recht geben, der seine Klientin gegen die Anklage des Betrages an ihren Geschäftsfreunden in Schutz nahm, denn die Leute, die Hunderttausende und Millionen Gewinne auf diese Art einheimen wollten, konnten in der Tat nicht betrogen werden. Und die öffentliche Meinung wird auch den Worten des Verteidigers zustimmen, daß derjenige, der Nahrungsmittelgeschäfte abschließt, die dreimal im Monat umherkreisten, mit dem Effekt, daß die Millionäre und andere Leute, die den Hals nicht voll genug kriegen können, sich die Taschen füllen, etwas Unbilliges betreibt und kein Mitleid verdient. Nur schade, daß dieses Gelichter nicht öfters an den Pranger gestellt wird, und man kann nur wünschen, daß der jetzt beendete Prozess Kupfer die zuständigen Stellen, wie es jetzt eine Anfrage im Reichstage erneut anregt, veranlassen wird, den Beschlüssen des Reichstags vom 20. Dezember 1915 und 26. März 1917 zu entsprechen und unverzüglich und mit rückwirkender Kraft Maßnahmen zur Einziehung unlauterer Kriegsgewinne herbeizuführen. Jeder unlautere Kriegsgewinn ist ein Verbrechen am Volke, ist Diebstahl, der nicht hart genug bestraft werden kann. Wenn der Kupfer-Prozess die stinkende Luft, die sich über die Wucherergewerbe in solchen Massen gelagert hat, in Bewegung bringt, dann hat er viel Gutes zuwege gebracht.

**Berechtigte Handelsverläufe?** Uebereinstimmende Nachrichten aus einer ganzen Reihe deutscher Großstädte melden, daß die Hausfrauen überall stundenlang „anstehen“ müssen, um vielleicht einige Krüden oder Gebäck zu erhalten. Die Kleinhandler geben als Grund dieser auffälligen Erscheinung großen Warenmangel an, und zum Teil ist diese Entschuldigung auch zutreffend. Dem steht aber entgegen, daß tatsächlich nicht nur eine

